

Familienname und Vorname des Helfers

Eingangsvermerk der Organisation
Tag der Abgabe der Verpfl.-Erklärung: _____
Tatsächliche Mitwirkung im KatS seit: _____
Unterschrift: _____

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen

Verpflichtungserklärung zum Dienst im Katastrophenschutz

Die Verpflichtungserklärung ist 3-fach an die Organisation zu senden.

Verpflichtungserklärung

Anlagen: Abdrucke dieser Erklärung

Gemäß

§ 13 a des Wehrpflichtgesetzes (WPfG)

§ 14 des Gesetzes über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer (Zivildienstgesetz - ZDG)

verpflichte ich mich gegenüber der oben genannten

Organisation

Kreisverwaltungsbehörde

zum Dienst im Katastrophenschutz auch im Verteidigungsfall

auf unbestimmte Zeit

für die Dauer von mindestens 7 Jahren.

Über die Aufgaben des Katastrophenschutzes sowie über meine Rechte und Pflichten als freiwilliger Helfer im Katastrophenschutz wurde ich unterrichtet. An den angeordneten Einsätzen, Übungen und Ausbildungsveranstaltungen werde ich teilnehmen und die mir gestellten Aufgaben gewissenhaft erfüllen. Mir ist bekannt, dass eine Zuwiderhandlung gegen meine Dienstpflichten sowohl von meiner Organisation als auch von der Kreisverwaltungsbehörde als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann.

Für Helfer, die sich nach § 13 a WPfG/§ 14 ZDG für die Dauer von mindestens 7 Jahren verpflichten:

Mir ist bekannt,

- dass die Freistellung vom Wehrdienst/Zivildienst erst mit der Zustimmung der Kreisverwaltungsbehörde zu dieser Verpflichtung eintritt;
- dass die Zustimmung widerrufen werden muss, wenn ich meine Dienstpflichten im Katastrophenschutz nicht gewissenhaft erfülle;
- dass die Kreisverwaltungsbehörde meinen Arbeitgeber zu meiner Verfügbarkeit und Mitwirkung im erweiterten Katastrophenschutz anhören wird;
- dass ich selbst dann in vollem Umfang mitwirkungspflichtig bin, wenn ich mich zum Zeitpunkt der Zustimmung in einem Arbeitsverhältnis mit Schichtdienst/Wochenendarbeit befinde oder im Laufe meiner Verpflichtungszeit in ein solches wechsele;
- dass mit Wegfall der Freistellung die Wehrdienstausnahme des § 13 a WPfG/die Zivildienstausnahme des § 14 ZDG kraft Gesetzes entfällt und ich zum Wehrdienst/Zivildienst einberufen werden kann;
- dass die Freistellung bei einem Wohnortwechsel nur erhalten bleibt, wenn ich am neuen Wohnort im Katastrophenschutz mitwirke und mir ein Freistellungsplatz zur Verfügung gestellt werden kann.

Mit einer ärztlichen Untersuchung bin ich einverstanden.

Ort, Datum
Unterschrift des Helfers

Bei Minderjährigen: Zustimmung des/der gesetzlichen Vertreter(s)
Ort, Datum
Unterschrift

